

Neuer Wirbel um die Vignette

VERKEHR Minister Ramsauer wünscht sich eine Pkw-Maut für alle Autofahrer.

VON GEORG ISMAR, DPA

BERLIN. Peter Ramsauer hat ein ziemlich brisantes Papier in seiner Schublade liegen. Es zeichnet Wege auf, um ein Milliardenloch im Etat für Renovierung und Neubau von deutschen Straßen zu stopfen. Dazu gehört auch eine Pkw-Maut, am besten eine Papier-Vignette. „Sie ist schnell umsetzbar, verursacht die geringsten Kosten und ist den meisten Deutschen aus den Nachbarländern bekannt“, betont der CSU-Politiker mit Blick auf Österreich und die Schweiz.

Brisant ist das Papier nicht nur, weil es Autofahrer wenig freuen dürfte, die ohnehin schon über hohe Benzinpreise stöhnen. Sondern auch, weil es neuen Unfrieden in der schwarz-gelben Koalition sät. Ramsauer möchte, dass Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und FDP-Chef Philipp Rösler schon bei ihrem Treffen am 4. Juni im Kanzleramt das Papier mit Maut-Vorkämpfer und CSU-Chef Horst Seehofer beraten.

Streit mit der FDP vorprogrammiert

Ramsauer provoziert damit Ärger bei der FDP. Deren Generalsekretär Patrick Döring ist nur gesprächsbereit, wenn die CSU im Gegenzug ihre Pläne für das Betreuungsgeld beerdigt. Man könne nicht hier Milliarden ausgeben und auf der anderen Seite die Autofahrer abkassieren, sagt er. Fraktionschef Rainer Brüderle lässt wissen: „Die Autofahrer sind nicht die Melkkuh der Nation.“ CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt geißelt den FDP-Widerstand: „Ich weiß nicht, was besonders liberal daran sein soll, dass deutsche Autofahrer im Ausland bezahlen sollen, und ausländische Autofahrer in Deutschland aber nicht.“

Ramsauer sieht ungeachtet des neuen CSU/FDP-Streits den Widerstand bröckeln, frei nach dem Motto: Steter Tropfen höhlt den Stein. Denn das Problem fehlender Gelder wird bleiben. Bis 2015 veranschlagt allein der Bund für Instandhaltung, Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen 20,5 Milliarden Euro. Angesichts vieler maroder Brücken dürfte das nicht reichen, zudem ist die Finanzierung nur teilweise gesichert. Ramsauer konnte zwar für 2012 zusätzlich eine Milliarde erkämpfen. Er sagt aber: „Das verschafft nur eine Atempause, zum Durchatmen reicht es nicht.“

„Die CSU ist auf einem Ego-Trip“

Daher sieht er in der Maut-Vignette das richtige Instrument. Eine entfernungsabhängige, satellitengestützte Abgabe wie bei der Lkw-Maut wäre nach Meinung Ramsauers deutlich teurer und die Einführung würde viel länger brauchen. Aber auch der mächtige ADAC ist strikt gegen eine Maut und betont, dass der Staat beim Liter Super bereits mit rund 90 Cent zuschläge. Pro Jahr würden 53 Milliarden Euro an Mineralöl-, Kfz- und anteiliger Mehrwertsteuer sowie Lkw-Maut in die Staatskasse fließen – aber nur ein Teil davon komme anschließend auch der Instandhaltung und dem Bau von Straßen tatsächlich zugute.

Der Grünen-Politiker Anton Hofreiter, Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Bundestags, streitet Finanzierungsprobleme nicht ab. Er sieht die CSU aber bei ihrem seit Monaten erhöhten Maut-Druck, der in der Vorlage eines konkreten Papiers gipfeln soll, auf einem Ego-Trip. „Herr Ramsauer hat im sogenannten großen Deutschen Eck seinen Wahlkreis“, so Hofreiter. Österreicher, die von Salzburg nach Innsbruck fahren, würden die Route über deutsche Straßen nehmen, weil für sie sonst der Weg länger wäre. „Um die paar zu treffen, will die CSU eine sozial ungerechte Lösung.“

Butterwegge warnt vor sozialer Kälte in Europa

INTERVIEW Der Armutsforscher spricht mit Christian Kuczniarz über das Krisenmanagement der Kanzlerin, Thilo Sarrazin und die „Radfahrer-Methode“.

Herr Butterwegge, ist vor lauter Schuldenkrise Ihr Thema Armut aus der Mode gekommen?

Tatsächlich ist die soziale Frage in der Bundesrepublik umso mehr auf der Strecke geblieben, je stärker Rettungsschirme für die Banken, den Euro und die Kapitalanleger ins Zentrum der Politik gerückt sind. Mittlerweile beherrscht die Stabilität unserer Währung den öffentlichen Diskurs so eindeutig, dass die Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich völlig aus dem Blick zu geraten droht.

Wie sieht Armut in Deutschland aus?

Zweifelloso weniger dramatisch als etwa in Athen, wo 25 000 Obdachlose durch die Stadt irren und die Suppenküchen wie Pilze aus dem Boden sprießen. Dennoch spaltet sich auch unsere Gesellschaft immer mehr. Zum Beispiel beläuft sich das Vermögen der Familie Albrecht, der Aldi gehört, auf 43,2 Milliarden US-Dollar. Oder: Die zweitreichste Familie Quandt-Klatten erlöst in diesem Jahr allein aus BMW-Aktien 650 Millionen Euro an Dividenden. Gleichzeitig frisst sich die Armut immer mehr in die Mitte der Gesellschaft hinein. Knapp ein Viertel der Beschäftigten arbeitet mittlerweile im Niedriglohnsektor, verdient also weniger als zwei Drittel des Durchschnitts. Dass ca. 600 000 Haushalten pro Jahr Strom und Gas abgestellt werden, zeigt zur Genüge, dass es auch in einem so reichen Land wie unserem Not und Elend gibt.

Warum aber reden wir dann nicht mehr darüber?

Dafür sorgen Mechanismen, die das Thema aus der Öffentlichkeit verdrängen, was zumindest im Interesse der Reichen liegt. Man gibt den Betroffenen selbst die Schuld für ihre miserable Lage und entlastet damit sich selbst und die ganze Gesellschaft. Klischees, die der Realität kaum entsprechen, verhindern aber, dass man strukturelle Probleme als solche erkennt.

Die Bundesregierung wurde von Sozialverbänden als „Koalition der sozialen Kälte“ bezeichnet. Würden Sie das heute auch noch so unterschreiben?

Sie ist es ganz eindeutig, nach innen wie nach außen.

Das müssen Sie erläutern. Innenpolitisch kann man darüber sicher diskutieren, aber außenpolitisch?

Ich denke an das Agieren der Bundeskanzlerin in der Schuldenkrise. Sie verweigert die Auflage gemeinsamer Anleihen (Eurobonds), weil die Bundesrepublik dann höhere Zinsen zahlen müsste, wenn ihr Finanzminister Kredite aufnimmt. Dabei würden Eurobonds südeuropäischen Ländern wie Griechenland helfen, die heute Wucherzinsen zahlen.

Aber Staaten wie Griechenland erhalten doch bereits Hilfskredite ...

Ja, aber das sind eben Kredite, bei denen die Gläubiger hohe Zinsen kassieren.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Foto: dpa

Aber so wird nicht den Griechen geholfen, sondern vor allem den – hauptsächlich deutschen – Banken, Versicherungen und Anlegern, die Anleihen von hoch verschuldeten Staaten wie Griechenland erworben haben.

Sie sprechen über soziale Schieflagen und damit über Steilvorlagen für die Linkspartei. Die aber fällt reihenweise aus den Parlamenten. Liegt das an der Nabelschau der Partei oder daran, dass in Europa derzeit nationalistische Tendenzen und nicht linke Politik im Trend sind?

Das kann man so pauschal nicht sagen. Denn es gibt in fast allen europäischen Staaten einen Linkstrend. Das gilt sowohl für Griechenland wie für Frankreich, wo mit François Hollande ein Sozialist, der im Wahlkampf sehr stark auf Umverteilungsforderungen setzte, zum Präsidenten gewählt wurde. Dass linke Politik in Deutschland wenig Resonanz findet, liegt auch daran, dass die Hauptnutznießer der Krise bei uns sitzen.

Können Sie das erläutern?

Die deutsche Wirtschaft hat dadurch Vorteile erlangt, dass zwischen 2000 und 2010 die Reallöhne sanken, während sie in allen anderen europäischen Staaten stiegen. Das hat die deutschen Exporte enorm beflügelt. Teilweise gelangen deutsche Arbeitnehmer in den Genuss dieser Extraprofite – ich denke dabei an die hohen Sonderzahlungen der Automobilwerker. Denen geht es zurzeit nicht eben schlecht. Durch sinkende Arbeitslosenzahlen hat auch Hartz IV etwas von seinem Schrecken verloren. Die sozialen Verwerfungen, unter denen andere europäische Länder als Folge der globalen Finanz-, Wirtschafts- und jetzt Währungskrise leiden, gibt es bei uns so – zumindest noch – nicht. Außerdem existieren die von Ihnen genannten Strukturprobleme der Linkspartei, letztlich eine Konsequenz des Ost-West-Konflikts, verbunden mit persönlichen Animositäten und häufigen Führungswechseln.

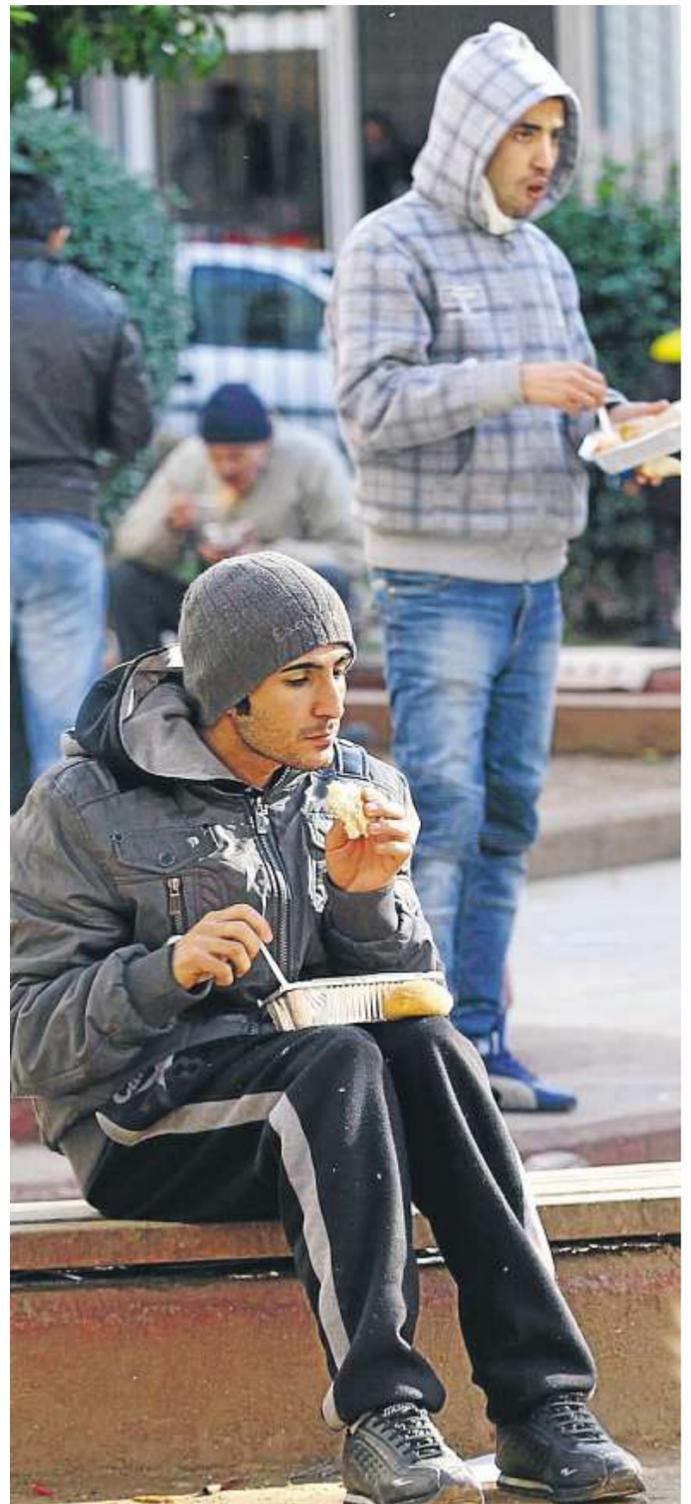
Interessanterweise gibt es in Frankreich einen starken Rechtsruck. Jeder fünfte Wähler dort wählte Rechtsextreme. Und in Griechenland gibt es starke nationalistische Tendenzen.

Wenn eine Gesellschaft auseinanderzufallen droht wie die griechische, bleibt ihr politisches System davon nicht verschont. Vielmehr wenden sich in die Enge gedrängte Menschen ab. Andere sind so verunsichert, dass sie rechten Demagogen vertrauen und nationalistischen Parolen glauben. Gemäß der „Radfahrer-Methode“ wird nach oben – gegenüber den Reichen und Mächtigen – gebuckelt und nach unten – beispielsweise gegen illegale Migranten – getreten. Daneben grassieren antideutsche Ressentiments, was dadurch gefördert wird, dass sich Deutschland als Zahlmeister fühlt und als Zuchtmeister aufspielt.

Wie meinen Sie das?

Das hat mit dem Verhalten der Bundesregierung zu tun, das nationale Interesse in den Vordergrund zu rücken und Bürgschaften oder Kredite nur zu gewähren, wenn es sich gar nicht mehr vermeiden lässt, und jeden „Rettungsschirm“ auf Kosten seiner Wirksamkeit billig zu halten. Stattdessen sollte man im Rahmen einer Transferunion nach dem Muster des Länderfinanzausgleichs mehr Solidarität auf europäischer Ebene üben.

Ist es denn verwerflich, wenn die Bundesregierung das Nötige tut,



In Griechenland werden immer mehr Menschen obdachlos. Der Armutsforscher Butterwegge ist überzeugt, dass das Land durch eine andere Politik in Europa Chancen auf eine schnellere Erholung hätte. Foto: dpa

EXPERTE FÜR SOZIALE FRAGEN

► **Prof. Dr. Christoph Butterwegge** ist Politikwissenschaftler und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften an der Uni Köln.

► **Schwerpunkt seiner Arbeit** sind Fragen der sozialen Gerechtigkeit und die Armut. Daneben behandelte Butterwegge auch die Themen Nationalismus und Rechtsextremismus. Er ist ein gefragter Interviewpartner, wenn es um soziale

Themen geht. MZ-Leser kennen ihn auch durch seine Gastkommentare. Seine Bücher „Armut in einem reichen Land“ und „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ sind kürzlich neu aufgelegt worden.

► **Am Donnerstag, 31. Mai**, spricht Butterwegge auf Einladung der Jusos ab 19 Uhr im „Leeren Beutel“ in Regensburg zum Thema „Armut in einem reichen Land“. (kc)

aber vermeidet, selbst in den Strudel der Krise zu geraten?

Ich teile diese Befürchtung nicht. Die Bundesrepublik profitiert gegenwärtig sogar von der Euro-Krise. Das gilt nicht nur für ihre Exportindustrie, sondern auch für den Staatshaushalt. Dieser hat bereits 45 Milliarden Euro an Zinslasten gespart, weil Anleger verstärkt Bundesanleihen kaufen, ohne derzeit nennenswerte Renditen zu erwarten. Wir sind als Deutsche – wenn man es genau nimmt – eher Krisengewinnler als Zahlmeister. Nur sehen das viele Menschen ganz anders. Es war übrigens schon immer ein Kernbestandteil des deutschen Nationalismus, sich von aller Welt ausgegrenzt zu fühlen. Liest man Thilo Sarrazins neues Buch „Deutschland braucht den Euro nicht“, gewinnt man gleichfalls den Eindruck, dass alle nur unsere „harte“ Währung wollen. Das Gefühl, dass alle „die fleißigen und tüchtigen Deutschen“ ausnutzen, lebt eben nicht bloß an den Stammtischen fort.

Für wie gefährlich halten Sie Sarrazin?

Er knüpft geschickt an bestehende Ressentiments an. War es in „Deutschland schafft sich ab“ das Klischee vom Hartz-IV-Bezieher, der nicht mit Geld umgehen kann, und vom Migranten muslimischen Glaubens, der faul in der Hängematte des Sozialstaates liegt, so fügt ihnen Sarrazin nun das Klischee vom faul in der Sonne liegenden und unser sauer erarbeitetes Geld verpressenden Südländers hinzu.

Er setzt seinen Feldzug fort, der in Richtung rechtspopulistischer Parteien weist, die ja in mehreren europäischen Ländern aufsehenerregende Wahlerfolge feiern. Ein „seriöser Rechtspopulismus“, wie ihn Marine Le Pen in Frankreich zu verkörpern sucht, hat bei uns bislang jedoch keine Chance gehabt.

Am ehesten kann wohl ein seriös auftretender Bestsellerautor und Ex-Bundesbanker die Quarantäne durchbrechen, in der sich die extreme Rechte in Deutschland seit 1945 befindet. Thilo Sarrazin bereitet womöglich publizistisch vor, was später auch parteipolitisch mehr Erfolg hat. Und das wäre eine Gefahr für die Demokratie.